



POLITIK / REDAKTION

Washington - zweifelhafter Druck auf das Präsidentenamt ...

(SB) - Unter Leitung der demokratischen Mehrheitsführerin Nancy Pelosi hat am 31. Oktober das Repräsentantenhaus in Washington zum dritten Mal nach 1974 gegen Richard Nixon und 1998 gegen Bill Clinton ein formelles Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten eröffnet. Die Demokraten werfen Donald Trump vor, versucht zu haben, von der Regierung der Ukraine unter der Drohung, finanzielle und militärische Hilfe zurückzuhalten, belastende Informationen über Joe Biden zu bekommen, den derzeit laut ... (Seite 3)

POLITIK / MEINUNGEN

Militär - involviert und beteiligt ...

(SB) - "Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren ..." (Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Interview mit dem Deutschlandradio [1]) ... (Seite 6)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Lula: "Spekulationen über ungelegte Eier

führen zu nichts"



Luiz Inácio Lula da Silva im Jahr 2015

Bild: Valter Campanato/

ABr (CC BY 3.0 br)

[<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en>],

via Wikimedia Commons

(Montevideo, 6. November 2019, la diaria) - Luiz Inácio Lula da Silva, brasilianischer Ex-Präsident und Gründungsmitglied der

brasilianischen Arbeiterpartei (PT), ist nicht gerade optimistisch, was die Debatte des Obersten Gerichtshofs über Tausende verurteilte Häftlinge betrifft. "Spekulationen über ungelegte Eier führen zu nichts", habe der ehemalige PT-Vorsitzende zu allen gesagt, die ihn in den letzten Tagen im Gefängnis besucht hatten, berichtete die brasilianische Tageszeitung Folha de Sao Paulo. Sollte eine Haftaussetzung aller in zweiter Instanz beschlossen werden, würde auch Lula automatisch aus der Haft entlassen.

"Lula wird im Gefängnis vergammeln."

Der Oberste Gerichtshof wird am Nachmittag des 7. November die Debatte wiederaufnehmen. Eine Freilassung Lulas, der seit April vergangenen Jahres im Gefängnis sitzt, kann erhebliche politische Folgen haben. Verschiedene bra-

silianische Medien erinnerten in den letzten Tagen an den Ausspruch Bolsonaros während des Wahlkampfes, aus dem der ultra-rechte Kandidat anschließend als Sieger hervorgehen sollte: "Lula wird im Gefängnis vergammeln."

Zur Diskussion steht die Entlassung von etwa 5.000 Inhaftierten

Das Oberste Gericht wird nun prüfen, ob die aktuelle gängige Rechtspraxis, nach der eine Haftstrafe nach Bestätigung eines Urteils in der zweiten Instanz unmittelbar in Kraft treten darf, überhaupt rechtens ist, oder ob erst alle gebotenen Rechtsmittel ausgeschöpft sein müssen. Sollte die Entscheidung des Gerichts zugunsten einer Änderung der Rechtspraxis ausfallen, würde das die Entlassung von über 5.000 Personen bedeuten, die derzeit im Gefängnis sitzen, darunter einige Dutzend Personen, die im Zusammenhang mit dem milliardenschweren Korruptionsskandal Lava Jato ("Hochdruckreiniger") inhaftiert wurden. Zu diesem Personenkreis zählt auch Ex-Präsident Lula.

Vor anderthalb Jahren wurde Lula der Korruption und Geldwäsche beschuldigt und zu einer Haftstrafe von acht Jahren und elf Monaten verurteilt. Seither sitzt er in Curitiba im Süden des Landes in Haft. Laut Urteilspruch soll ihm die Baufirma OAS eine Wohnung in Guarujá, São Paulo, überlassen haben, um sich für einige lukrative Bauaufträge für den staatlichen Ölkonzern Petrobras erkenntlich zu zeigen. Nach einer Unterbre-

chung der Beratungen im Gericht zur Frage, ob die derzeitige Praxis rechtswidrig ist, gaben im vergangenen Monat sieben Richter*innen ihre Stimme ab: Vier von ihnen stimmten für die Beibehaltung der derzeitigen Praxis.

Knappes Abstimmungsergebnis erwartet

Viele brasilianische Politik- und Rechtswissenschaftler glauben, dass die Stimmabgabe der restlichen Minister*innen eine Patt-Situation von 5:5 herbeiführen wird; damit würde dem Obersten Gerichtsvorsitzenden José Antonio Dias Toffoli die Rolle des Züngleins an der Waage zufallen. Seit einigen Wochen geht das Gerücht, Dias Toffoli könnte möglicherweise einen Mittelweg vorschlagen, nämlich ein endgültiges Urteil nach der dritten Instanz. In diesem Fall würde Lula weiterhin in Curitiba inhaftiert bleiben, da seine Verurteilung bereits von der zweithöchsten gerichtlichen Instanz Superior Tribunal de Justiça bestätigt wurde. Danach käme nur noch der Oberste Gerichtshof, die vierte und letzte Instanz, an die er sich wenden kann.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/lula-spekulationen-ueber-ungelegte-eier-fuehren-zu-nichts/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



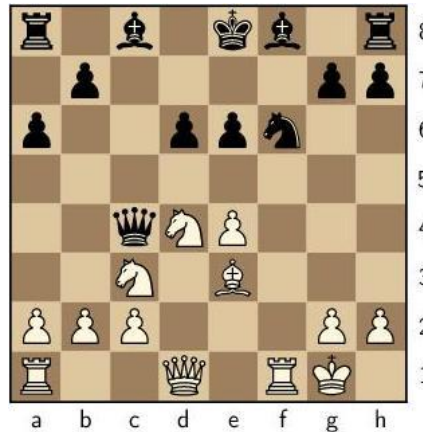
<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00297.html>

SCHACH - SPHINX

Streben nach greifbarer Genauigkeit

(SB) - Das Leben des ersten und bisher einzigen deutschen Weltmeisters Emanuel Lasker durchzieht ein unermüdlicher Faden des Forschens nach greifbarer Genauigkeit. Unter diese Schwelle ging er nicht, bis dahin arbeitete er sich jedoch zurück und wieder nach vorne mit gereifteren Instrumenten der Analyse. Er erkannte so: "Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten, die Eröffnung zu behandeln, sind sehr gering; man muß sich dafür ein eigenes Gefühl erwerben; und dies gewinnt man nur aus vielfachen und mannigfachen intelligenten Versuchen." Und

seine Vorstellungen darüber waren ausgesprochen lehrreich auch für das Laienvolk der Schachspieler. "Derlei Versuche, mehr oder weniger wahrscheinlich, mehr oder weniger folgerecht, mag der Schachfreund, der die schachliche Materie zu meistern und zu gestalten lernen will, häufen. Er gewinnt dann Eindrücke, daraus ein Gefühl für die schachlichen Möglichkeiten, für die Plastik einer Stellung und wird ein Köhner, vielleicht sogar ein Künstler am spröden schachlichen Stoffe. Nur hüte er sich vor dem Dogma. Das Dogma ist des Künstlers Feind. Und dennoch gibt es eine Wahrheit auch im Kampfe. Nur hat sie nicht die Form, die der Naive sucht: der beste Zug. Der 'beste' Zug? Ach nein! In dem Augenblicke, wo der beste Zug, wie ihn der Naive



Em. Lasker - Pirc
Moskau 1935

ersehnt, erkannt sein wird - freilich gibt es nur eine Mehrheit solcher 'besten' Züge, sehr selten nur einen -, in diesem selben Augenblicke wird das Schachspiel tot sein, denn zum Leben gehört das Problematische." Nun, Wanderer, im heutigen Rätsel der Sphinx hatte Lasker einen sehr

wohl lebendigen Einfall, wie die schwarze Stellung zu zertrümmern war.

Auflösung letzteS Sphinx-Rätsel:

Diesen ästhetischen Genuß, einen sowjetischen Granden zu besiegen, ließ sich Wolfgang Uhlmann nicht entgehen. Mit 1.b4-b5! stellte er die Drohung Sc2-b4-a6 mit Turmmatt auf b8 auf, so daß Michail Botwinnik mit 1...Lg1-c5 kontern mußte. Rettung versprach dies allerdings nicht und nach 2.Sc2-b4 Lc5xb4 3.a3xb4 Tg7xg4 4.b5-b6 gab Schwarz angesichts der Eventualfolge 4...Tg4xc4 5.b4-b5 Tc4-f4 6.Tb7-a7 auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07082.html>

POLITIK / REDAKTION / USA

Washington - zweifelhafter Druck auf das Präsidentenamt ...

(SB) 7. November 2019 - Unter Leitung der demokratischen Mehrheitsführerin Nancy Pelosi hat am 31. Oktober das Repräsentantenhaus in Washington zum dritten Mal nach 1974 gegen Richard Nixon und 1998 gegen Bill Clinton ein formelles Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten eröffnet. Die Demokraten werfen Donald Trump vor, versucht zu haben, von der Regierung der Ukraine unter der Drohung, finanzielle und militärische Hilfe zurückzuhalten, belastende Informationen über Joe Biden zu

bekommen, den derzeit laut Umfragen aussichtsreichsten demokratischen Kandidaten für die Präsidentenwahl im kommenden Jahr. Im Mittelpunkt der Vorwürfs stehen ein Telefonat, das der US-Präsident vom Oval Office des Weißen Hauses aus am 25. Juli mit dem frischgewählten ukrainischen Amtskollegen Wlodomyr Selenskyj geführt hat, sowie private Ermittlungen, die Trumps Freund und Rechtsbeistand, der ehemalige Bundesstaatsanwalt und Bürgermeister von New York Rudolph Giuliani,

im Frühjahr beiderseits des Atlantiks betrieben hat.

Politisch leisten sich die Demokraten damit einen Riesenfehler, der die Chancen Trumps auf eine Wiederwahl 2020 eher erhöhen als schmälern dürfte. Statt den bei weiten Teilen der Bevölkerung verhaßten Lügenbaron aus New York wegen seiner rassistischen Appelle an Gruppen wie den Klu Klux Klan samt Dauerhetze gegen Muslime, Lateinamerikaner und die Volksrepublik China, der unmenschlichen Behandlung von

Migranten und ihren Kindern an der Grenze zu Mexiko, des drastischen Abbaus von Umweltschutzbestimmungen, der völkerrechtlich illegalen militärischen Beschlagnahmung syrischer Ölfelder, der Besetzung zahlreicher Richterposten mit reaktionären Juristen, des Austritts der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und des internationalen Atomvertrags mit dem Iran - beides im Jahr 2015 - anzugreifen, bauschen die Demokraten eine Angelegenheit zum Sonderfall ohnegleichen auf, die sie erstens selbst belasten kann und zweitens für die meisten Wähler weder besonders relevant noch leicht zu verstehen ist.

Hintergrund der Ukraine-Affäre ist der Dauerstreit zwischen Trump, der bereits 2016 im Wahlkampf gegen Hillary Clinton für partnerschaftliche, weniger konfrontative Beziehungen zu Rußland eingetreten ist, auf der einen und den Demokraten und dem Sicherheitsapparat auf der anderen Seite, denen es im Frühjahr 2014 während der zweiten Amtszeit Barack Obamas gelungen war, mittels eines gewaltsamen Putsches in Kiew eine pro-westliche Regierung zu installieren. Aufgeschreckt durch die krasse Mißachtung seiner legitimen Sicherheitsinteressen hat Rußland damals die Krim mit Unterstützung der großen Mehrheit der dort lebenden Menschen annektiert. Aus Angst vor dem Einfluß politischer Neonazigruppen in Kiew hat die pro-russische Bevölkerung die östliche Donbass-Region für autonom erklärt, weshalb seitdem dort ein Krieg niedriger Intensität geführt wird.

Als am Vorabend des demokratischen Parteitags im Sommer 2016

Wikileaks belastende Emails des Democratic National Committee (DNC) veröffentlichte, aus denen klar hervorging, daß die Parteiführung die populäre linke Galionsfigur, Senator Bernie Sanders aus Vermont, bei den Vorwahlen systematisch benachteiligt und damit um einen möglichen Sieg betrogen hatte, um Clinton zur Präsidentschaftskandidatin küren zu können, war das eine schwere Belastung für die ehemalige Außenministerin. Auf die spektakuläre Krise reagierte Team Clinton mit der Schutzbehauptung, der russische Geheimdienst habe einen DNC-Server gehackt und das fragliche Material Wikileaks zugespielt, um die ehemalige First Lady, die in der Vergangenheit Kreml-Chef Wladimir Putin auf eine Stufe mit Adolf Hitler gestellt hatte, zu schädigen.

Für diese Behauptung gibt es bis heute lediglich das Wort der Firma CrowdStrike, die in Sachen digitaler Sicherheit die DNC-Computer betreute. Wikileaks-Chef Julian Assange hat bestritten, das Material von Moskau erhalten zu haben, und statt dessen als Quelle auf ein anonymes internes Leck bei den Demokraten verwiesen. Als jedoch im Wahlkampf Trump Wikileaks und die Russen wegen der Enthüllungen über "crooked Hillary" lobte, stand für die Demokraten und ihre Verbündeten im Staatsapparat fest, daß der windige Immobilienhai, der über die Jahre auffällig viele seiner Luxuswohnungen an zwielichtige russische Oligarchen verkauft habe, mit dem Kreml unter einer Decke stecke.

Diese steile These hat in Washington zu heftigen Aktivitäten bei Außenministerium, FBI und

CIA geführt. Es wurden Ermittlungen wegen einer möglichen Zusammenarbeit zwischen dem Trump Tower in New York und dem Kreml eingeleitet, die nach dem Wahlsieg Trumps und dessen Einzug ins Weiße Haus im Frühjahr 2017 in eine Untersuchung des Justizministeriums unter der Leitung des ehemaligen FBI-Chefs Robert Mueller ausarteten. Trotz einer hysterischen Berichterstattung seitens der großen "liberalen" Konzernmedien wie der New York Times, der Washington Post und der Nachrichtensender CNN und MSNBC konnte Mueller in zweijähriger Arbeit keine stichhaltigen Beweise dafür finden, daß Trump und seine Gewährsleute im Wahlkampf wissentlich die Hilfe Moskaus erhalten hätten. Der Vorwurf des russischen "Hacks" der DNC-Computer blieb nur deshalb bestehen, weil das FBI auf eine eigene Untersuchung der fraglichen Hardware verzichtete und sich auf die Angaben der nicht gerade unparteiischen Firma CrowdStrike verließ.

Gerade einen Tag, nachdem Mueller seinen Abschlußbericht dem Justizministerium vorgelegt hatte, telefonierte Trump mit Selenskyj und bedrängte den ukrainischen Präsidenten, um sich Hilfe in eigener Sache zu sichern. Trump wollte mehr über die Umstände wissen, unter denen Joe Bidens Sohn Hunter Biden unmittelbar nach der "Wende" in Kiew Vorstandsmitglied beim ukrainischen Energiekonzern Burisma geworden war und deshalb rund zwei Jahre lang 50.000 Dollar im Monat eingestrichen hatte. Damals war Biden sen. als Obamas US-Vizepräsident höchstpersönlich für die "demokratische

Transformation" der Ukraine zuständig. 2018 hatte Biden bei einem Auftritt vor dem einflußreichen Council on Foreign Relations (CFR) in New York damit geprahlt, als US-Vizepräsident die Regierung in Kiew durch die angeordnete Blockade eines IWF-Notkredits von einer Milliarde Dollar dazu gebracht zu haben, den angeblich korrupten Generalstaatsanwalt Viktor Schokin zu entlassen. Trump vermutete, Schokin sei nur deshalb geschäft worden, weil er damals gegen Burisma unter anderem wegen der Hunter-Biden-Verbindung ermittelte. Trump wollte zudem, daß Selenskyj Hinweisen nachgehe, denenzufolge Crowdstrike den russischen "Hack" auf den DNC-Server mit Hilfe ukrainischer Computerspezialisten vorge-täuscht habe.

Ende September schlug die Nachricht, ein Whistleblower habe sich im August bei Adam Schiff, dem demokratischen Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses, mit der formellen Beschwerde gemeldet, Trump habe beim fraglichen Gespräch mit Selenskyj privates vor staatliches Interesse gestellt und dadurch die nationale Sicherheit der USA aufs Spiel gesetzt, wie die sprichwörtliche Bombe ein. Während New York Times und Konsorten, die sich die Bohne für das Schicksal der beiden inhaftierten westlichen Dissidenten Chelsea Manning und Julian Assange interessieren, ein Brimborium um die Identität von Schiffs Informanten machten und sie bis heute geheimhalten, um sie angeblich vor Vergeltung durch Trump zu schützen, hat man dank konservativer US-Onlinepublikationen wie Real Clear Investigati-

ons und The Gateway Pundit sowie der trotzkistischen World Socialist Web Site eine Menge Informationen erhalten, die in Sachen Ukraine-Affäre auf eine Palastintrige seitens des "tiefen Staats" hindeuten.

Bei besagtem Whistleblower handelt es sich um einen 33jährigen CIA-Agenten namens Eric Ciaramella, der als Mitglied der Obama-Administration als Rußland-Experte im Nationalen Sicherheitsrat gearbeitet hat und in dieser Funktion zutiefst in Washingtons Machenschaften in der Ukraine verstrickt war. Darum hat Ciaramella Vizepräsident Biden 2015 und 2016 mehrmals bei Besuchen in Amerikas neuester osteuropäischer Kolonie begleitet. Er hat 2016 zudem - möglicherweise im Auftrag des damaligen CIA-Chefs John Brennan - zusammen mit der Ukrainisch-Amerikanerin Alexandra Chalupa, die damals im Auftrag des DNC und des Wahlkampfteams Clintons belastende Informationen aus der Ukraine über Trumps Wahlkampfmanager Paul Manafort, einst Berater von Präsident Viktor Janukowitsch, auftreiben sollte, an der Entstehung der Rus-siagate-Kampagne mitgewirkt.

Die vermeintlichen Erkenntnisse, die Ciaramella Schiff vor drei Monaten zukommen ließ, stammen zudem aus zweiter oder dritter Hand. Der CIA-Agent hat das alles entscheidende Gespräch zwischen Trump und Selenksyj nicht selbst mitgehört, denn er war bereits 2017 vom Weißen Haus wegen des Verdachts der Weitergabe von vertraulichen Regierungsinformationen an die Presse aus dem Nationalen Sicherheitsrat verbannt und zurück

nach Langley geschickt worden. Der Anlaß war ein Treffen im Oval Office, bei dem Trump angeblich irgendwelche Informationen der US-Geheimdienste über die Aktivitäten islamistischer Umstürzler in Syrien an den russischen Außenminister Sergey Lawrow weitergegeben haben soll. Die Mitarbeiter von Schiff, die sich Ciaramella "anvertraut" haben sollen, Abigail Grace und Sean Misko, sind beide ehemalige Kollegen des CIA-Manns aus der gemeinsamen Zeit im Nationalen Sicherheitsrat Obamas.

Inwieweit Trump sich tatsächlich gegenüber Selenskyj ein Fehlverhalten im Sinne des Gesetzes zuschulden kommen ließ, ist völlig unklar, weil unter Juristen und Staatsrechtlern strittig. Zu dem Zeitpunkt, als beide Männer sprachen, wußte der Ukrainer nicht einmal, daß Washington die versprochene Finanzhilfe für Kiew auf Eis gelegt hatte, also kann formell von einer Erpressung im Sinne des Gebens und Nehmens nicht die Rede sein. Der Hauptvorwurf, den in den letzten Tagen die Zeugen der Anklage - darunter Ex-Botschafterin Marie Yovanovitch, der Diplomat William B. Taylor jun. sowie die beiden Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsrats Oberstleutnant Alexander Vindman und Tim Morrison - vor Schiffs Ausschuß gegen Trump erheben, ist, daß dieser die Ukraine-Politik Washingtons radikal verändern wollte, um sich eventuell mit Rußland auszusöhnen.

Der Standpunkt all dieser Leute und Medienunternehmen wie New York Times und MSNBC, die sie als selbstlose Beschützer Amerikas vor dem Schurken im

POLITIK / MEINUNGEN

Militär - involviert und beteiligt ...

Weißes Haus in den Himmel loben, ist höchst bedenklich. Schließlich ist laut Verfassung der US-Präsident als gewählter Vertreter des Volkes die Instanz, welche letztlich über den richtigen Kurs Washingtons in der Außen- und Sicherheitspolitik zu befinden hat, und nicht irgendwelche rußlandfeindlichen Apparatschiks mit Verbindungen zu den imperialistisch eingestellten Denkfabriken in Washington und zur amerikanischen Rüstungsindustrie.

Man muß Trump nicht mögen, um zu erkennen, daß seit nunmehr drei Jahren die Verfechter eines Kalten Kriegs 2.0 mittels fadenscheiniger Konstrukte wie Russiagate und Ukrainegate systematisch jeden Versuch des eigenen Oberkommandierenden der Streitkräfte, bessere Beziehungen zwischen den beiden Staaten mit den mit Abstand weltweit größten Atomwaffenarsenalen herbeizuführen, ruinieren. Dieser Personenkreis, der sich für die außenpolitische Elite der USA hält, trägt die Hauptverantwortung dafür, daß die Menschheit unter anderem wegen des Wegfalls des INF-Vertrags im vergangenen August nach Einschätzung der Redaktion des Bulletin of Atomic Scientists, der Whistleblower-Legende Daniel "Pentagon-Papiere" Ellsberg und des ehemaligen Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, der völligen Auslöschung durch einen Nuklearkrieg so nahe steht wie seit der Kubakrise 1962 nicht mehr.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/usa1414.html>

"Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren ..."

(Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 in einem Interview mit dem Deutschlandradio [1])

(SB) 7. November 2019 - Was waren das noch für friedliche Zeiten, als ein deutscher Bundespräsident zurückgetreten ist, weil er etwas umständlich ausgesprochen hat, was alle wußten, aber nicht hören wollten: Die Bundeswehr hat auch die Aufgabe, Ressourcennachschub zu sichern und Handelswege freizuhalten (sprich: freizuschießen), was Opfer in den eigenen Reihen kosten könnte. Neun Jahre ist das her. Seitdem sind die Empfindsamkeiten gewichen, und so kann eine Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) in einer sicherheitspolitischen Grundsatzrede an der Bundeswehrhochschule München den deutschen Militärnachwuchs regelrecht auf Angriffskriege einstimmen, indem sie erklärt:

"Ein Land unserer Größe und un-

serer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen. Nicht einfach nur abwarten, ob andere handeln, und dann mehr oder weniger entschlossen mit-tun. Wir müssen selbst Vorschläge machen, Ideen entwickeln, Optionen vorstellen." [2]

Beispielsweise die souveränen Rechte Syriens ignorieren und gemeinsam mit den Waffenbrüdern und -schwestern für den NATO-Partner Türkei einen Sicherheitskorridor schaffen, wie unlängst von AKK vorgeschlagen. Selbstverständlich auf syrischem Territorium und nicht etwa auf türkischem, obgleich doch die Türkei und nicht etwa Syrien Sicherheitsbedenken geäußert hat. Aber solche Feinheiten gehören in eine andere Zeit und eine andere Kultur. AKK in München:

"Wir sprechen von unserer 'Kultur der Zurückhaltung', verweisen auf alle möglichen Rücksichtnahmen und Zwänge. Dabei haben wir allen Grund, mutiger zu handeln."

Eben! Warum sich weiter zurückhalten und auf das syrische Volk Rücksicht nehmen? Oder auf das jemenitische, das seit Jahren auch mit deutschen Waf-

fen von einer von Saudi-Arabien angeführten Kriegsallianz bombardiert und zusammenkartätscht wird? Liegen nicht die beiden von Deutschland angezettelten Weltkriege schon lange zurück? Darf man sich nicht von den lästigen Zwängen der Schuldfrage befreien und endlich, endlich nach vorne schauen? So fabuliert die Verteidigungsministerin bereits von "Gestaltungsmacht" der Bundeswehr in der Weltpolitik.

Mutig soll der deutsche Soldat oder die Soldatin den Stiefel in den fruchtbaren Boden der Levante drücken, um diese Weltregion im Interesse der deutschen Wohlstandssicherung gegenüber Flüchtlingen und anderen Hungerleidern zu "verteidigen". Und, ja auch das, gegenüber den Anhängerinnen und Anhängern des Daesh, des Islamischen Staates, der aus den gesellschaftlichen und materiellen Trümmern des Iraks hervorging.

Vor sechzehn Jahren war das Land angegriffen worden, weil es westlichen Hegemonialinteressen im Wege stand.

Ohne den Angriffskrieg der USA und der Koalition der Willigen 2003 auf den Irak unter dem herbeiphantasierten Vorwand, das Land verfüge über mobile Biowaffenlabore und stehe kurz vor einem Raketenangriff auf die westliche Welt, wäre wahrscheinlich kein Islamischer Staat entstanden. Deutschland, das sich vordergründig nicht an diesem Krieg, der vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder verharmlosend als "Abenteuer" bezeichnet wurde, beteiligt hatte, stellte damals sehr wohl sein Territorium als Drehscheibe für

den Waffennachschub zur Verfügung - ungeachtet dessen, daß dem Auslandsgeheimdienst BND klar war, daß der Krieg auf, wie man heute sagen würde, Fake News beruhte. Die Biowaffenlabore hat es nie gegeben.

Grundsätzliche Positionen absteckend führte AKK weiter aus:

"Es ist an der Zeit, dass wir daraus die Kraft und das Selbstvertrauen schöpfen, gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten die Welt und unsere Zukunft stärker zu gestalten. Wenn wir den Mut haben, diese Rolle der Gestaltungsmacht anzunehmen, wird das ein Gewinn für uns alle sein. (...) Denn, seien wir mal ehrlich: Denn natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen. Zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas. Wir vertreten jeden Tag unsere Interessen. Aber wir müssen endlich anfangen, das zuzugeben."

Auch und gerade gegenüber China, das von "unseren Partnern" Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien zunehmend als Bedrohung angesehen werde, so AKK. Weiterhin, ganz die Ehrliche mimend, führte sie aus: "Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. Für geltendes internationales Recht, für unversehrtes Territorium, für freie Schifffahrt."

Und für freien Opiumnachschub ... ach nein, die Zeit ist längst vorbei, als die europäischen Mächte kein Pardon gaben und chinesische Häfen bombardierten, weil sich das Land unerhörterweise weigerte, seine Grenzen

gegenüber Opiumimporten zu öffnen. China, das noch kein anderes Land angegriffen hat, wird bereits als kommender Feind dargestellt, den es einzudämmen gilt, nur weil es erfolgreicher das praktiziert, was auch Deutschland, Frankreich, die USA und alle anderen Staaten ebenfalls tun: Handel treiben, die Wirtschaft voranbringen, Profite erzielen.

Von der Bundeswehr präemptiv "verteidigt" wird Deutschland zur Zeit an mehr als einem Dutzend Konfliktherden in der Welt. Geht es nach AKK, kommen weitere hinzu, die man selber vorschlagen möchte. In einer Zeit sich immer weiter zuspitzender multipler Krisen (Klimawandel, Hunger, Flüchtlingsströme, Landverluste, Artensterben, Meeresversauerung, Ressourcenknappheit) positioniert sich Deutschland als fester Teil des NATO-Pakts und der Europäischen Union, um auf diese Weise seine nationalen Hegemonialinteressen durchzusetzen.

Die Verteidigungsministerin versucht zur Zeit, sich darüber Profil zu verschaffen und bei den USA lieb Kind zu machen, daß sie sanft, aber bestimmt mit dem Säbel rasselt und wie selbstverständlich Dinge ausspricht, die vor neun Jahren als tabu galten. Wobei nicht vergessen werden sollte, daß in der Zwischenzeit andere den ideologischen Boden bereitet haben, auf dem die neue Verteidigungsministerin nun zunehmend sicherer geht. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 kam es zu einer konzertierten Aktion seitens der deutschen Politik, als Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister

POLITIK / AUSLAND / FRAGEN

Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen unisono mehr sicherheitspolitisches Engagement und - wieder dieses Zauberwort - "mehr Verantwortung" seitens Deutschlands in der Welt fordern.

Inzwischen spricht sich AKK sogar für die Bildung eines Nationalen Sicherheitsrats aus, ohne daß sie für diese Forderung ihren Hut nehmen müßte. Denn sollte eine solche Institution geschaffen werden, würde diese voraussichtlich mit Befugnissen ausgestattet, die es ermöglichen, Kriegseinsätze zu befehlen, ohne zuvor die Zustimmung des Parlament einholen zu müssen.

Wer vor vier Monaten bei der überraschenden Ernennung AKKs zur Verteidigungsministerin den Eindruck hatte, daß diese in ihrem neuen Job unsicher wirkende, leidenschaftsarme, zierliche Person nicht das Zeug zur Kriegsministerin hat, dürfte sich mehr und mehr getäuscht sehen. AKK funktioniert.

Anmerkungen:

[1] tinyurl.com/yy3g4um9

[2] Zitiert nach der Vorabversion der Rede der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 7. November 2019 an der Bundeswehr-Universität München. <https://augengerade-aus.net/2019/11/dokumentationsgrundsatzrede-der-verteidigungsministerin/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1352.html>

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin,
29. Oktober 2019*

"Chefs ohne Guerilla" -

Diego Restrepo über die Rückkehr der FARC

Interview von Madlen Haarbach für Lateinamerika Nachrichten

Um das Friedensabkommen in Kolumbien steht es schlechter denn je: Menschen, die sich um die Umsetzung bemühen, werden ermordet, Abspaltungen der ehemaligen Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) sind zum bewaffneten Kampf zurückgekehrt, zuletzt eine Gruppe um den ehemaligen hochrangigen FARC-Anführer Iván Márquez.

In dieser Situation der Unsicherheit und Gewalt werden im Oktober Kommunalwahlen stattfinden. Die LN sprachen darüber mit dem Soziologen sowie Friedens- und Konfliktforscher Diego Restrepo Osorio.

*In den vergangenen Monaten wurden vermehrt Aktivist*innen ermordet, kürzlich verkündeten ehemalige Anführer der FARC ihre Rückkehr zum bewaffneten Kampf. Wie bewerten Sie die aktuelle Sicherheitslage in Kolumbien?*

Wir beobachten aktuell einen neuen Kreislauf der Gewalt, der durch das Erstarken und die Präsenz illegaler bewaffneter Gruppierungen geprägt ist. Was bedeutet das? Zum Beispiel hat die Nationale Befreiungsarmee (ELN),

die so etwas wie die letzte Guerilla des Landes ist, ihre Bedeutung in ihren historischen Verbreitungsgebieten gefestigt und diese sogar erweitert. Neben der ELN gibt es eine Gruppe, die in der Tradition paramilitärischer Organisationen steht - die sogenannten "Autodefensas Gaitanistas de Colombia", die wir auch unter dem Namen "Clan del Golfo" kennen. Dabei handelt es sich um eine Struktur des organisierten Verbrechens, die ihre Präsenz in der letzten Zeit stark ausgeweitet hat. Mittlerweile ist die Gruppe in rund 250 der insgesamt ca. 1100 Gemeinden Kolumbiens aktiv.

*Was sind die Gründe für die Drohungen und Angriffe auf Aktivist*innen?*

Wir haben seit der Unterzeichnung des Abkommens ungefähr 300 ermordete Aktivistinnen und Aktivisten, etwa lokale Anführer, registriert. Die Punkte, an denen sich diese Gewalt konzentriert, sind dieselben Regionen, die auch in der Vergangenheit besonders stark vom Binnenkonflikt betroffen waren. Die Opfer eint, dass sie sich der Umsetzung des Friedensabkommens widmeten, etwa dem Ersatz der Kokawirtschaft durch legale Wirtschaftsformen.

Diese Menschen kämpften auch für ihre Ländereien und die Umwelt. Das heißt, sie stellten sich beispielsweise großen internationalen Minenprojekten entgegen.

*Welche Rolle spielen ehemalige Rebell*innen der FARC-Guerilla, die sich bereits seit Beginn des Friedensprozesses abgespalten haben?*

Diese Gruppen werden oft als "Dissidenten" dargestellt. Dabei sind sie es gar nicht im eigentlichen Sinne, weil es sich nicht um politische Abspaltungen der ursprünglichen FARC-Guerilla handelt, die sich entwaffnet hat und gerade im Prozess der Wiedereingliederung ist. Es handelt sich um 23 Splittergruppen, die aus ehemaligen FARC-Kämpfern bestehen. Diese Gruppen verbindet kaum etwas. Aber sie nutzen die politischen Diskurse der ehemaligen FARC-Guerilla, um ihre Anwesenheit und Vorherrschaft in einigen Gebieten zu legitimieren. Aktuell sind diese Gruppen in etwa 85 Gemeinden aktiv. Zum Vergleich: Vor der Konzentration der FARC-Rebellen in den Übergangszonen, nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, waren die FARC in etwa 300 Gemeinden aktiv. Wir gehen davon aus, dass diese 23 Gruppen eher einen Prozess der Kriminalisierung, des Banditentums, durchlaufen.

Ende August kündigte eine Gruppe ehemaliger FARC-Anführer um die ehemalige Nummer Zwei der Guerilla, alias Iván Márquez, ihre Rückkehr zum bewaffneten Kampf an. Was bedeutet das für den Friedensprozess?

Dabei handelt es sich um einen kleinen Teil der ehemaligen

FARC-Guerilla, der immer schon Vorbehalte gegenüber der Umsetzung des Friedensabkommens hatte. Speziell auch gegenüber den Regierungen von Juan Manuel Santos und mittlerweile Iván Duque, die bestimmte Vereinbarungen aus dem Abkommen wiederholt missachteten. Aber die Ankündigung von Márquez wird nicht dazu führen, dass sich eine einheitliche Gruppe bildet. Das, was wir sehen, sind vielmehr Chefs ohne Guerilla. Es fehlt einfach auch ein Kontext, der dafür geeignet wäre, die Gewalt als politischen Mechanismus zu legitimieren.

Welche Risiken entstehen durch die Ankündigung von Iván Márquez?

Es gibt natürlich Risiken, etwa das, was die Medien als die Entstehung einer neuen Guerilla bezeichnen. Und diese Risiken werden verschärft durch die Versäumnisse des Staates in Bezug auf die Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer. Das ist einer der Gründe, der dazu führen könnte, dass die Zahl der sogenannten "Abtrünnigen" ansteigt. Genauso wie die Untätigkeit des Staates gegenüber bewaffneten Strukturen. Das kolumbianische Militär ist zurzeit in einige Skandale verwickelt, insbesondere wegen illegaler Hinrichtungen und Korruption. Es gab beispielsweise den Fall von Dimar Torres, einem ehemaligen FARC-Kämpfer, der von Soldaten ermordet wurde - die außerdem versuchten, den Mord zu vertuschen und die Leiche verschwinden zu lassen. Aus unserer Sicht zeigt die Regierung keinen wirklichen politischen Willen, die Sicherheit von Menschen sowie sozialen und politi-

schen Organisationen zu schützen.

Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, dass sich die Gruppe rund um Iván Márquez mit der ELN verbinden könnte? Márquez hatte zumindest in seinem ersten Video einen entsprechenden Aufruf an die andere Guerilla gerichtet.

Es ist tatsächlich so, dass es einige Fälle von Allianzen zwischen Splittergruppen der ehemaligen FARC und der ELN gibt. Aber diese dienen stets einem bestimmten Zweck, etwa dem Kampf gegen eine andere verfeindete Gruppe wie die Volksbefreiungsarmee (EPL). Dabei handelt es sich um eine alte Abspaltung der ELN, die sich kriminalisiert hat. Bei den 23 Gruppen, die ich anfangs erwähnte, gibt es keinen wirklichen Zusammenhalt oder ein gemeinsames Kommando. Und diese Gruppen haben sehr konkrete Interessen im Bereich des Drogenhandels und der illegalen Minenwirtschaft. Deswegen werden sie sich kaum erneut unter einem politischen, ideologischen Motiv zusammenschließen. Es ist auch schwer vorstellbar, dass diese Gruppen, die bereits bestimmte Kommandostrukturen aufgebaut haben, sich jetzt einem politischen Anführer unterordnen - da für sie das wirtschaftliche Interesse im Vordergrund steht und sie bereits die Kontrolle über bestimmte Gebiete haben. Aber wenn der Staat nicht aktiv wird, bleibt ein gewisses Risiko für Allianzen.

Aber das heißt, aus Ihrer Sicht handelt es sich bei der Gruppe rund um alias Iván Márquez in erster Linie um eine politische Bewegung? Auch seinem Mit-

streiter Jesús Santrich wird vorgeworfen, in den Drogenhandel verwickelt zu sein.

Ja. Unabhängig von den politischen Spannungen haben diese Personen, die ihre Wiederbewaffnung verkündet und den von ihnen selbst unterzeichneten Friedensvertrag verlassen haben, eine individuelle Entscheidung getroffen. Es gibt Bereiche, wie ihre Verwicklungen in den Drogenhandel, die im Graubereich liegen. Aber unabhängig davon haben sie einen Schritt angekündigt, der ein Schlag für den Friedensprozess ist: Personen, die in Kuba mit verhandelt haben, verlassen den schwierigen Weg der Konstruktion des Friedens. Wir glauben jedoch, dass die Bewegung eher eine diskursive ist, weniger eine praktische. Dafür gibt es bislang keine Anzeichen.

Der kolumbianische Präsident Iván Duque beschuldigt die venezolanische Regierung rund um Präsident Nicolás Maduro, Verbindungen zu den abtrünnigen FARC-Gruppen zu unterhalten. Duque präsentierte kürzlich auch vor den Vereinten Nationen (UNO) einen Bericht, der diese Verbindungen zeigen soll. Wie bewerten Sie das?

Das Dokument, mit dem Duque die Verbindungen zu Venezuela belegen will, ist nicht öffentlich. Rund um diesen Bericht gab es mehrere Skandale, etwa um ein Foto, das die ELN mit Kindern zeigen soll. Duque sagte, das Foto sei in Venezuela aufgenommen worden. Ein kolumbianisches Medium, "El Colombiano", hatte das Foto allerdings bereits vor einigen Jahren veröffentlicht und erklärt, die Fotos stammten aus

dem Cauca [einer kolumbianischen Region, Anm. d. Red.]. Es gibt also offenbar Unstimmigkeiten zwischen den Äußerungen von Iván Duque und der Realität in diesem Land. Aber um Genaueres sagen zu können, müssten wir den ganzen Bericht kennen. Wir wissen, dass es Verbindungen zwischen den illegalen Strukturen in der Grenzregion gibt, die Grenze ist durchlässig. Die Gruppen wechseln die ganze Zeit zwischen Kolumbien und Venezuela hin und her.

Die FARC-Partei, die sich nach dem Friedensprozess gegründet hat, tritt am 27. Oktober bei den Kommunalwahlen an. Wie sehen Sie deren Chancen?

Tatsächlich nicht sehr groß. Die FARC-Partei hat viele Probleme gehabt. Eines davon sind die Vorbehalte, die viele Menschen im Land ihnen gegenüber haben - wegen des Schadens, den die FARC angerichtet haben, wegen der Gewalt. Es handelt sich also um eine Bewegung, die stark um ihre Legitimation in der Bevölkerung zu kämpfen hatte. Es gab auch einige interne Krisen, Abspaltungen, die ihren maximalen Ausdruck in der Abkehr von Iván Márquez und Santrich fanden. Wir glauben nicht, dass die Partei derzeit große Chancen auf Posten bei den Wahlen hat. Die FARC hat es auch nicht geschafft, sich als Partei zu konsolidieren und die Basis - die Ex-Kämpfer in den Übergangszonen - zu vereinen. Die Aussichten für die Partei sind sehr schwierig.

Inwiefern beeinflusst die Ankündigung von Iván Márquez die FARC-Partei?

Ich glaube, die Verantwortlichen der FARC-Partei haben angemessen auf den Abgang von Iván Márquez reagiert. Der ehemalige Anführer der Guerilla und heutige Parteivorsitzende Rodrigo Londoño alias Timochenko hat die Abtrünnigen sehr schnell aus der Partei verstoßen und sich von deren Gewaltbereitschaft distanziert. Für die öffentliche Meinung können die Vorkommnisse allerdings natürlich wie eine Bestätigung dafür wirken, dass die FARC nicht wirklich an Frieden interessiert seien. Aber wenn man die Zahlen betrachtet, sind von den 13.000 Personen, die als Teil der FARC verstanden werden, 10.500 im Prozess der Wiedereingliederung und fühlen sich dem Frieden verpflichtet

*Wie sehen Sie die Umstände der Kommunalwahlen allgemein? In den vergangenen Wochen wurden etwa mehrere Kandidat*innen ermordet oder bedroht.*

Ja, es wurden bereits sieben Kandidatinnen und Kandidaten ermordet. Elf Vorkandidaten wurden getötet, zwei sind verschwunden. Mehr als 100 wurden bedroht. Dieser Wahlprozess hat gezeigt, dass es in Kolumbien eine Tendenz gibt, Gewalt als Mittel im Wahlkampf zu betrachten. Das ist tragisch. In Kolumbien gibt es eine gewisse Tradition des Missbrauchs von Gewalt. Es gibt die Hypothese, dass es sich um Politiker selber handelt, die andere Kandidaten ermorden oder ermorden lassen. Das ist auch ein Ausdruck der Unfähigkeit des Staates, die Sicherheit jener zu garantieren, die politisch tätig sind.

Diego Alejandro Restrepo Osorio ist Soziologe, Pädagoge und

Analyst bei der nichtstaatlichen kolumbanischen Stiftung "Paz y Reconciliación" (Pares). Dort leitet er den Forschungsbereich Konflikt, Frieden und Postkonflikt. Pares forscht als unabhängige Organisation zu Themen wie Sicherheit, Gleichberechtigung und Demokratiebildung.

Erstveröffentlichung:

<https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/chefs-ohne-guerilla/>

Der Schattenblick dankt der Redaktion der Lateinamerika Nachrichten für die Nachdruckgenehmigung.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pafr0068.html>

*Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...*

Kommentare ... Interviews ...

Reportagen ... Textbeiträge ...

Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

RELIGION / FAKTEN / LATEINAMERIKA

poonal -

Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kuba

Sind afrokubanische Religionen

offen für sexuelle Vielfalt?

(Havanna, 23. September 2019, *semllac*) - Der Schriftsteller und Aktivist Tato Quiñones [1] hat sich mit den Schriften und Gedichten der Religion Ifá beschäftigt und "weder Referenzen zu gleichgeschlechtlichen Ehen noch zu Homosexualität gefunden". Einige seiner Schlussfolgerungen präsentierte Quiñones bei der Konferenz "Addodis [Schwule] und Alakuatas [Lesben] in der Santería: Homosexualität aus der Sicht der kubanischen Volksreligion der Orishas - Versuch einer Annäherung". Die Konferenz fand im Rahmen der von der Initiative Club del Espendré [2] organisierten Veranstaltungsreihe "Lernsalons" statt.

"In unseren Lernsalons decken wir ein breites Spektrum an Themen ab, zu denen wir Infos vermitteln. Die Diskussion über die Inhalte der Religionen Ifá und Ocha ist deshalb so wichtig, weil die afrokubanischen Religionen viele Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren zusammenbringen. Deshalb wollten wir auch einen Lernsalon dazu veranstalten", erklärt Aracely Rodríguez Mangón vom Kulturprojekt Club del Espendré [3] gegenüber SEMlac.

Öffentliche Debatte über die Aufnahme der gleichgeschlechtlichen Ehe in der Verfassung

Das Interesse an diesem Thema entstand durch die jüngsten Debatten über die Verabschiedung der aktuellen kubanischen Verfassung und die mögliche Aufnahme der gleichgeschlechtlichen Ehe in den Verfassungstext. Religiöse Organisationen, insbesondere katholische und evangelische, äußerten massives Missfallen und organisierten Kampagnen gegen das Vorhaben; Priester*innen und Angehörige der afrokubanischen Religionen taten dies nicht.

"Seit die Regierung beschlossen hat, den Gesetzesvorschlag in das Familiengesetz aufzunehmen, hat sich die öffentliche Debatte erheblich abgekühlt und ist weder Thema auf den Straßen, in den sozialen Netzwerken noch sonstwo. Das Familiengesetz wird jedoch in Kürze Gegenstand eines Referendums sein und wir müssen davon ausgehen, dass der Protest dann wieder genauso stark sein wird, wenn nicht noch stärker", mahnte Quiñones, selbst Ifá-Priester, bei der Konferenz.

Für ihn ist Homosexualität ein menschliches Faktum, das keine Toleranz brauche, denn Toleranz impliziere ein Machtverhältnis. "Homosexualität muss akzeptiert werden und Punkt", betonte er.

Bei seinem Vortrag präsentierte Quiñones vier patakíes (Erzählungen), in denen Homosexuelle und Trans*gender-Personen vorkommen. Die heteronormative Perspektive wird jedoch beibehalten, Homosexualität wird als Defekt, als Laster oder Abweichung beschrieben, homosexuelle Männer als verdreht und verweiblicht. Dennoch, so der Forscher, gebe es keine ethische Norm, die sich direkt auf Homosexualität bezieht, daher sei es den Priestern überlassen, ob Homosexuelle und Trans*-Personen in die Religion der Orishas aufgenommen werden oder nicht.

"Kein fester Kanon"

Dank der demokratisch und horizontal organisierten Struktur der Religion können also Dogmen überwunden und Praktiken erweitert werden. "Da kein fester Kanon besteht und es einfach um die Betrachtung des Lebens geht, ist es Auslegungssache der Babalawos", schlussfolgerte Quiñones.

Trotzdem verweisen Forscher*innen und Praktizierende afrokubanischer Religionen immer wieder auf deren patriarchale Wurzeln, die das Frauenbild prägen und sich auf die Betrachtung all derer auswirken, die den Rahmen des engen heteronormativen Kanons sprengen.

Die Entwicklung bleibt jedoch nicht stehen, und so haben auch

die tradierten Richtlinien nicht verhindern können, dass die Zugehörigkeit Homosexueller in verschiedenen Gebieten und Gemeinden als Bereicherung empfunden wird.

"Heute gibt es in Kuba Dutzende, wahrscheinlich Hunderte Religionsgemeinschaften in Havanna, Matanzas, Cárdenas, Santa Clara, Cienfuegos, Palmira, Camagüey, Holguín und Santiago de Cuba, wo Schwule und Lesben durch entsprechende Verdienste die höchsten Priester*innenwürden erreichen können, ohne wegen ihrer Homosexualität diskriminiert zu werden", so Tato Quiñones abschließend.

Anmerkungen:

[1] <http://www.afrocubaweb.com/tatoquinones.htm>

[2] <http://www.redsemlac-cuba.net/sociedad-cultura/la-historia-est%C3%A1-en-deuda-con-las-mujeres-negras.html>

[3] <http://www.afrocubaweb.com/club-espendru.html>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/sind-afrokubanische-religionen-offen-fuer-sexuelle-vielfalt/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:

Nachrichtepool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/religion/fakten/rflat012.html>

QUESTIONS TO MRS GOBBLEDYGOOK

a.k.a. - aka - A.K.A. - AKA

Dear Mrs Gobbledygook,

My name is Cindy and I come from Taiwan. I read in a glossy magazine in the waiting room of my doctor that the actor Robert Patterson (33) is going to be the next Bruce Wayne "aka" Batman. What does "aka" mean? Could you please explain that?

Thank you Yours

Cindy W. (Taiwan)

Dear Ms W.,

This is a good question and I'm sure a lot of people don't know what "aka" is, especially when it is written and pronounced like one word. No, it is not the name of a parrot! Cause it's one of those abbreviations "aka" acronyms, that have been commonly used in English since texting via short messages, SMS and emails became more and more popular.

Well, nobody knows how many abbreviations there are in the English language, or in any language for that matter. In the dictionaries I use there are at least half a million of them, can you imagine it! And as a certain expert in linguistics, Professor David Crystal, puts it in one of his BBC talks about F.A.Q.s (Frequently asked questions), abbreviations are very important "because they save time and add familiarity." It's a way of gaining rapport. So you would never hear someone say: "I come from the British Broadcasting Corporation studio", because everybody uses the term "BBC" instead.

Now, back to your question, the terms a.k.a. or more common "aka" are the acronyms for the phrase "also known as". Most often used to describe a person's aliases, pseudonyms or nicknames, a.k.a. and aka may also be used when describing another name for a place or object. In your example Robert Patterson will play Bruce Wayne who is also known as Batman.

In addition, "aka" is an interesting example of the development of an acronym. When the term "also known as" was first abbreviated to an acronym, the letters were separated by dots, indicating that it was actually an acronym and not a word in its own right. When a.k.a. was used more and more, the periods were omitted. Now both spellings are to be seen in general usage, although in the "Oxford English Dictionary" only the spelling "aka", the somewhat more popular form, is listed. Interestingly, even if the term is written without dots as in "aka", it is pronounced "ay-kay-ay", with the three letters intoned separately and not as one word.

Even more irritating for learners of English, "aka" or "a.k.a." may be that only lower case letters as well as only upper case letters (AKA or A.K.A.) can be used.

For this I'll give you some more examples I found in a couple of glossy magazine myself:

In these days of every-man-for-himself-ism, the guy who takes over is the one who isn't afraid to break the rules and stand out-like Steven Yeun (a.k.a. Glenn on The Walking Dead), dressed here in the season's most sophisticated, crisply tailored, workplace-ready tweed suits. [2]

The geniuses behind Saturday's SNL episode invited "America's Dad" - A.K.A. Tom Hanks-into our homes to help calm us down by adding some humor to it all. [3]

Kimberly J. Brown, AKA Marnie Cromwell, did you a major solid and is letting you in on what one of the series' most iconic villains, Kal, is up to 15 years later. [4]

Besides, there are many other abbreviations you often see and use in the English language to save time. There's "e.g." (Latin: "exempli gratia" aka "for example"). Also commonly used is the term "FYI" (short: for your information) when you give someone information. Some people make a note "PTO" ("please turn over") at the end of a page, if they have written on both sides of the page. And when you are going to give details about something, you can write "i.e." (Latin: id est - "that is") indicating that there is more explanation to come.

Now I don't want to become a "prig" aka "nerd" aka "stick-in-the-mud" about this and bore you with another 499.995 items also known as abbreviations, but I hope you understand the use of "aka" now.

Yours
Miranda Gobbledygook

Footnotes:

[1] <https://grammarist.com/acronym/a-k-a-or-aka/>

[2] <http://www.gq.com/story/best-tweed-suits-for-fall-steven-yeun-walking-dead>

[3] <http://www.glamour.com/story/snls-last-debate-sketch-was-exactly-on-point>

[4] <http://www.seventeen.com/celebrity/movies-tv/news/a43145/kal-from-halloweentown-2-15-years-later/>

- 1 RECHT - FAKTEN: Lula - "Spekulationen über ungelegte Eier führen zu nichts" (poonal)
- 2 SCHACH-SPHINX: Streben nach greifbarer Genauigkeit
- 3 POLITIK - REDAKTION: Washington - zweifelhafter Druck auf das Präsidentenamt ...
- 6 POLITIK - MEINUNGEN: Militär - involviert und beteiligt ...
- 8 AUSLAND: "Chefs ohne Guerilla" - Diego Restrepo über die Rückkehr der FARC (Pressenza)
- 11 RELIGION - FAKTEN: Kuba - Sind afrokubanische Religionen offen für sexuelle Vielfalt? (poonal)
- 12 SPRACHEN: Questions to Mrs. Gobbledygook - a.k.a. - aka - A.K.A. - AKA
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. November 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. November 2019

Vorhersage für den 08.11.2019 bis zum 09.11.2019



© 2019 by Schattenblick

Jeans heller Tag
mit Wolkenbänken,
sein Froschwohl mag
sich daran kränken.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.